

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.07.2014
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

Anwesend sind:

Herr Werner Hesse
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Berkei
Herr Thomas Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Reinhard Kauk
Herr Stephan Klenner (Vertreter für Frau Stv. Schaub)
Herr Winand Koch
Frau Maria März
Herr Klaus Ryborsch
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker
Herr Christian Somogyi

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib
Herr Klaus-Peter Riedl

Gäste

Herr Decher, Leiter der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Entschuldigt fehlen:

Frau Ilona Schaub
Herr Hans-Georg Lang

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 und Erteilung der Entlastung
Vorlage: FB1/2014/0080
- 3 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 3.1 Breitbandausbau besser ausrichten; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 24.06.2014 (eingegangen am 24.06.2014)
Vorlage: CDU/2014/0003
- 3.2 Kommunale Selbstverwaltung sichern; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 (eingegangen am 01.07.2014)
Vorlage: SPD/2014/0006
- Beschlüsse**
- 4 Haushaltssatzung 2014 und Investitionsprogramm 2013 bis 2017
Vorlage: FB1/2014/0053
- 5 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: FB5/2013/0026/1
- 6 Wirtschaftsplan 2014 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: DuI/2014/0012
- 7 Einwohnerfragestunde
Vorlage: FB1/2014/0081
- Kenntnisnahmen**
- 8 Sanierung und Modernisierung des Hallenbades - Prognoseberechnung zum Gastronomiekonzept
Vorlage: FB5/2014/0012
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Mitteilungen**
- 10.1 Einladung zur Mitwirkung im LEADER-Prozess
- 10.2 Terminplan für die Haushaltsaufstellung des Haushaltes 2015
- 11 Verschiedenes**
- 11.1 Parkplatzsituation Stadtmitte/Hallenbad/Edeka
- 11.2 Mittelfristige Finanzplanung

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Auf Grund des krankheitsbedingten Ausfalles der Vorsitzenden, Frau Stv. Schaub, wird die Fachausschusssitzung von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Stv. Hesse, geleitet. Der stellv. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zu der Sitzung des Fachausschusses I. Im Besonderen begrüßt er Herrn Bürgermeister Somogyi, Herrn Ersten Stadtrat Bonacker, Herrn Greib und Herrn Riedl von der Verwaltung, als Gast Herrn Decher (Leiter der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf) und den Schriftführer Herrn Harder.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest.

Um dem Gast Herrn Decher die Wartezeit zu verringern, schlägt der Vorsitzende den Tausch der Tagesordnungspunkte 6 (Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 und Erteilung der Entlastung) und 2 (Beratung von eingegangenen Anträgen) vor. Dies findet allgemeine Zustimmung. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Zu 2 Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 und Erteilung der Entlastung
Vorlage: FB1/2014/0080

Der Leiter der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf Herr Decher wird in seiner Funktion als Gastreferent von Herrn Bürgermeister Somogyi begrüßt.

Herr Riedl stellt den Jahresabschluss 2007 vor und teilt mit, dass der Jahresabschluss 2007 im ordentlichen Ergebnis mit einem Jahresüberschuss von 2,275 Mio. € abschließt. Im außerordentlichen Ergebnis ist ein Jahresüberschuss von 0,163 Mio. € zu verzeichnen. Der Gesamtüberschuss für das Haushaltsjahr 2007 beläuft sich somit auf 2,438 Mio. €.

Bezüglich der durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses 2007 durch die Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopfs gibt Herr Decher einen Überblick über die Prüfung. Er teilt mit, dass der Jahresabschluss 2007 sehr gut erstellt worden ist, so dass von Seiten der Revision ein Prüfungstestat erteilt werden konnte.

Der stellv. Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung auf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 114 HGO den von der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007 und erteilt dem Magistrat Entlastung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss 2007 der Stadt Stadtallendorf
 - im ordentlichen Ergebnis mit einem Jahresüberschuss von 2,275 Mio. €
 - im außerordentlichen Ergebnis mit einem Jahresüberschuss von 0,163 Mio. €fest.
3. Das ordentliche und außerordentliche Ergebnis des Haushaltsjahres 2007 mit seinem Gesamtüberschuss von 2,438 Mio. € wird auf das nächste Haushaltsjahr vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 3 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 3.1 Breitbandausbau besser ausrichten; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 24.06.2014 (eingegangen am 24.06.2014) Vorlage: CDU/2014/0003

Herr Stv. Erber erläutert den Antrag der CDU und verweist darauf, dass eine schnelle Internetverbindung in der heutigen Zeit essentiell für jeden Haushalt ist.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Antragstext:

- 1) Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen und welche Kosten anfallen würden, wenn im Rahmen des Breitbandausbaus mehr städtische Bereiche einen Anschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 50 MB erhalten können. Dabei soll beachtet werden, dass die Kosten von der Breitband GmbH zu übernehmen sind.
- 2) Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zum 25. September 2014 vorzulegen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 3.2 Kommunale Selbstverwaltung sichern; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 (eingegangen am 01.07.2014) Vorlage: SPD/2014/0006

Herr Stv. Hesse nimmt Stellung zu dem Antrag. Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht durch zwingende Vorgaben (Ausgestaltung von Steuern und Gebühren) der Landesebene, in der Phase von defizitären Haushaltsjahren, beschnitten werden. Herr Stv. Hesse sieht hierin einen Verstoß gegen die in der Hessischen Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung. Auch Herr Stv. Salzer sieht hier einen Verstoß gegen die Hessische Verfassung, er fügt an, dass selbst der Hessische Städte- und Gemeindebund auf einer öffentlichen Tagung im Rahmen des Hessentages in Bensheim darauf hingewiesen hat, dass die Bedenken der Kommunen in Bezug auf den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung gerechtfertigt sind. Dieser Antrag ist seiner Ansicht nach sehr sinnvoll.

Herr Stv. Berkei sieht in den Vorgaben der Hessischen Landesregierung keine Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung, seiner Ansicht nach ist die Ergreifung von Maßnahmen, welche aus der defizitären Haushaltslage resultieren, eine logische und sinnvolle Schlussfolgerung. Eine Aufsichtsbehörde hat Maßnahmen zu ergreifen, welche zu einer Entspannung der Haushaltslage führen.

Herr Stv. Feldpausch und Herr Stv. Klenner sehen in dem Antrag einen Versuch der Übertragung von Landespolitik auf die kommunale Ebene. Hierdurch soll lediglich Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu **Beschlüsse**

Zu 4 **Haushaltssatzung 2014 und Investitionsprogramm 2013 bis 2017**
Vorlage: FB1/2014/0053

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Herr Stv. Klenner erläutert die Änderungsanträge der CDU und eröffnet eine rege Diskussion bezüglich der einzelnen Anträge.

- 1. Produkt 3011: Der Ansatz für Investitionszuschüsse zur Eigenheimförderung wird von 64.000 € auf 100.000 € erhöht.**

Herr Stv. Klenner gibt die Intention wieder, welche sich hinter diesem Antrag verbirgt. Hiernach soll öffentlich für die Eigenheimförderung geworben werden, sodass mehr Menschen diese Möglichkeit nutzen. Dementsprechend muss der Haushaltsansatz erhöht werden.

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass sich die Summe der Anträge aus 2014 bisher auf ca. 22.000 € beläuft. Zwar ist mit einer Erhöhung der Anträge zu rechnen, jedoch ist der Ansatz von 100.000 € zu hoch.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
7 dagegen

- 2. Produkt 4007: Der Ansatz für den Neubau des Geh-/Radweges K92 wird von 100.000 € auf 10.000 € reduziert.**

Wie Herr Stv. Klenner darstellt, steht die CDU grundsätzlich hinter einem Neubau des Geh-/Radweges, jedoch sollte der Ansatz auf Grund der angespannten Haushaltslage reduziert werden. Da sich die Planungen noch im Anfangsstadium befinden, sollte einer Reduzierung nichts im Wege stehen.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
7 dagegen

- 3. Produkt 4007: Der Ansatz für den Ausbau des Weges zum Tennisverein Niederklein i. H. v. 30.000 € wird ersatzlos gestrichen.**

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
6 dagegen
1 Enthaltung

- 4. Produkt 4009: Der Ansatz für die Umgestaltung der Teichanlage im Iglauer Weg wird von 215.000 € auf 65.000 € reduziert.**

Herr Stv. Klenner erläutert den Antrag der CDU und verweist auf die unter Punkt 5. und 6. aufgeführten Baumaßnahmen, diese sollten priorisiert werden.

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass eine Reduzierung des Haushaltsansatzes für die o. a. Maßnahme einhergehen würde mit einer Kürzung der möglichen Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“, da die Fördermittel gebunden sind an die Summe der Maßnahme.

Für Herrn Stv. Klenner ist dieser Sachverhalt neu, er verweist auf die Sitzung des Fachausschusses II, hier wurde Herr Hirth als Projektleiter der „Sozialen Stadt“ gehört, in diesem Zusammenhang teilte er nicht mit, dass die Fördermittel an die Summe der Maßnahme gebunden sind.

Herr Stv. Ryborsch stellt die Frage, ob der Bereich der Teichanlage möglicherweise zum Baugebiet umgewandelt werden sollte.

Herr Bürgermeister Somogyi verneint dies und äußert, dass es bereits Interessenten für den Neubau der um die Teichanlage liegenden Gebäude gibt. Für die Interessenten ist die Teichanlage eine der Voraussetzungen für das Neubauprojekt, so dass eine Umwandlung der Teichanlage in Baugebiet keine Option darstellt.

Herr Riedl stellt die Frage, ob die angedachte Einsparung i. H. v. 150.000 € für das nächste Haushaltsjahr eingeplant werden soll. Herr Stv. Klenner bejaht dies.

Herr Stv. Koch sieht hierin einen Zwiespalt, zum Einen soll die Einsparung von 150.000 € für das nächste Haushaltsjahr eingeplant werden, aber zum Anderen werden unter den Punkten 5. & 6. neue Projekte aufgeführt, ebenfalls in einer Höhe von 150.000 €.

Abstimmungsergebnis: 5 dafür
6 dagegen
2 Enthaltungen

- 5. Produkt 4009: Für die Umgestaltung des Heinz-Lang-Parks wird ein Ansatz von 75.000 € eingeplant.**
- 6. Produkt 4009: Für die Umgestaltung des Rathausparks wird ein Ansatz von 75.000 € eingeplant.**

Herr Stv. Klenner stellt die beiden Anträge der CDU vor und erläutert sie.

Herr Bürgermeister Somogyi weist daraufhin, dass eine Umsetzung solcher Projekte, auf Grund der personellen Situation, nicht möglich ist. Es laufen derzeit große Bauprojekte, welche das Personal im Fachbereich 4 in vollem Umfang in Anspruch nehmen, so dass auch weitere Projekte nicht durchführbar sind.

Herr Stv. Klenner hält diese Aussage für nicht akzeptabel, seiner Ansicht nach sind die im Haushaltsplan aufgeführten Baumaßnahmen durchzuführen.

Der stellv. Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Haushaltsplan eine Ermächtigungsgrundlage ist und eine Durchführung von beschlossenen Bauprojekten nicht zwingend vorgeschrieben werden kann. Des Weiteren weist er darauf hin, dass der Haushaltsplan 2014 wahrscheinlich erst im September 2014 genehmigt sein wird, so dass der Beginn von neuen Bauprojekten, auf Grund der begrenzten Zeit, unrealistisch ist.

Nach Aussage von Herrn Stv. Klenner muss hierbei eine Verschiebung der Prioritäten vorgenommen werden. Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet dem und sieht in einer Rückstellung der Großprojekte zu Gunsten der o. a. Umgestaltung des Heinz-Lang-Parks & des Rathausparks eine nicht durchführbare Maßnahme. Außerdem bezieht er sich nochmals auf die personelle Situation, welche eine Durchführung von neuen Bauprojekten nicht zulässt.

Mit Verweis auf die personelle Situation teilt Herr Stv. Klenner mit, dass seiner Ansicht nach Herr Bürgermeister Somogyi für die angespannte personelle Situation verantwortlich ist. Weiter verweist er auf die späte Einbringung des Haushaltes 2014, welche einen Negativrekord darstellt.

Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet dem und teilt mit, dass die angespannte Personallage zurückzuführen ist auf die Personal-Einsparungsmaßnahmen des vorherigen Bürgermeisters Vollmer. Zu dieser Zeit wurde das Personal reduziert, so dass Vertretungsregelungen nicht mehr möglich waren. Über Jahre hinweg kam dieses schwelende Problem nicht zum Vorschein, da personelle Ausfälle ausblieben. Im Jahr 2013 erkrankten zwei Personen der Finanzverwaltung längerfristig. Durch die fehlende Vertretungsregelung konnten so zum Einen die Arbeiten zur Haushaltsaufstellung nicht durchgeführt werden und zum Anderen war eine zeitnahe Veranlagung der Steuern nicht möglich. Dies ist der Grund für die verspätete Einbringung des Haushaltes 2014.

Herr Stv. Klenner stimmt zu, dass auch Herr Altbürgermeister Vollmer eine Schuld an der angespannten personellen Situation hat, jedoch haben die Stadtverordneten den derzeitigen Bürgermeister zu bewerten und hier sieht er ein Versäumnis von Seiten des Bürgermeisters Somogyi.

Herr Stv. Thierau widerspricht dem und äußert, dass die Schuld alleinig bei Herrn Altbürgermeister Vollmer und der Stadtverordnetenversammlung zu suchen ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat dem damaligen Stellenplan zugestimmt und somit eine Teilschuld an der prekären Personalsituation.

Herr Stv. Dzuiba stellt die Frage, wie viel Personal sich derzeit im Bereich der Finanzen befindet und ob eine Vertretungsregelung eingeführt worden ist.

Herr Greib nimmt hierzu Stellung und erläutert, dass im Bereich der Steuerverwaltung eine Vertretungsregelung geschaffen worden ist, so dass nun 2 Sachbearbeiter diesen Bereich abdecken. Auf dem Gebiet der Kämmerei wird derzeit auch eine solche Regelung geschaffen, jedoch befindet sich die Vertretung auf Grund des hohen Arbeitsaufwandes (Jahresabschluss 2007 & Haushaltsplan 2014) von Herrn Riedl noch in der Einarbeitungsphase.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 5: Umgestaltung Heinz-Lang-Park:

5 dafür
6 dagegen
2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag 6: Umgestaltung Rathauspark:

5 dafür
6 dagegen
2 Enthaltungen

7. Einführung eines neuen Produktes für die Nachwuchsförderung der Feuerwehr, Ansatz 4.000 €

Herr Stv. Klenner erläutert, dass durch die Erstellung eines neuen Produktes für die Nachwuchsförderung der Feuerwehr, Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen, die ausschließlich für diesen Zweck genutzt werden.

Aus Werbekampagnen, die mit dem Ansatz von 4.000 € durchgeführt werden sollen, verspricht sich die CDU Fraktion einen Zuwachs der Feuerwehrmitglieder.

Herr Riedl weist darauf hin, dass es derzeit ein Produkt für die Feuerwehr gibt und dass innerhalb dieses Produktes Gelder zur Nachwuchsförderung bereit gestellt sind, so dass eine Schaffung eines neuen Produktes nicht zwingend nötig ist. Weiter führt er an, dass bei einer Schaffung eines neuen Produktes auch angezeigt werden muss, welche Kostenart erhöht werden soll.

Herr Stv. Klenner sagt zu, dass dieser Antrag nochmals überarbeitet und konkretisiert wird.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür
6 dagegen

Damit waren die Anträge 1. bis 6. abgelehnt und der Antrag 7. angenommen und der Entwurf entsprechend geändert.

Es wird nun über die geänderte Magistratsvorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der vom Magistrat aufgestellte Entwurf

1. der Haushaltssatzung 2014
2. des Investitionsprogramms 2013 bis 2017 und

wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür
6 Enthaltungen

**Zu 5 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: FB5/2013/0026/1**

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2014 in der vorliegenden Fassung.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 6 Wirtschaftsplan 2014 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: DuI/2014/0012**

Beschluss:

Es wird um folgende Beschlussfassung gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2014 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür
1 Enthaltung

**Zu 7 Einwohnerfragestunde
Vorlage: FB1/2014/0081**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Bürgerschaft ab 01.09.2014 vor Beginn der ordentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung eine EINWOHNER-FRAGESTUNDE durchzuführen.

Hierzu können Einwohner/innen der Stadt Stadtallendorf Fragen zu allgemein interessierenden, kommunalpolitischen Themen die die Stadt Stadtallendorf betreffen, öffentlich an den Magistrat, an die Stadtverordnetenversammlung als Ganzes sowie an einzelne oder mehrere in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen stellen. Fragen an Einzelpersonen sind nicht zulässig. Ebenso sind Fragen zu Themen, die auf der Tagesordnung der anschließenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stehen nicht zulässig.

Die Fragen, die maximal zwei Unterfragen enthalten dürfen, sind spätestens 7 Tage vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung schriftlich an den Stadtverordnetenvorsteher zu richten. Dabei ist anzugeben an wen sich die Frage richtet. Der Stadtverordnetenvorsteher leitet alle von ihm als zulässig angesehenen Fragen an den Magistrat und die Fraktionen weiter. Ein mündlicher Vortrag des Fragestellers findet nicht statt. Dagegen erhält der/die Fragesteller/in die Möglichkeit zu einer mündlichen Nachfrage.

Die Zeit für die Beantwortung der Bürgerfragen pro Stadtverordnetenversammlung wird auf 15 Minuten begrenzt. Die Dauer der Beantwortung einzelner Fragen sollte den Zeitraum von 5 Minuten nicht überschreiten. Die Fragen werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs vom Bürgermeister für den Magistrat, vom Stadtverordnetenvorsteher für die Stadtverordnetenversammlung als Ganzes sowie durch die Fraktionsvorsitzenden für die jeweils betroffene Fraktion mündlich beantwortet. Bereits aufgerufene Fragen werden auch nach Ablauf der festgesetzten Zeit beantwortet. Auf Grund dieser Regelung nicht mehr aufgerufene Fragen werden innerhalb einer Woche schriftlich beantwortet und die Antworten in der darauf folgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bekannt gegeben.

Ist die Beantwortung einer Frage aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht oder nicht in der Sitzung möglich, entscheidet der Ältestenrat möglichst noch vor der Sitzung wie mit der Frage umgegangen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Herr Decher verlässt um 21:20 Uhr die Sitzung.

Zu Kenntnisnahmen

**Zu 8 Sanierung und Modernisierung des Hallenbades - Prognoseberechnung zum Gastronomiekonzept
Vorlage: FB5/2014/0012**

Bezüglich der sich im Anhang zur Vorlage befindlichen Prognoseberechnung zum Gastronomiekonzept teilt Herr Stv. Erber mit, dass diese Berechnung ungenügend sei. Die dargestellte Besucherzahl des Bistros in Höhe von 23 Gästen pro Tag, entspricht seiner Ansicht nicht der Realität. Auch die Stv. Thierau, Klenner, Ryborsch und Koch sehen zwischen der dargestellten Besucherzahl und der Realität eine erhebliche Diskrepanz. Herr Stv. Klenner verweist auf die Schüler, welche das Hallenbad zum Unterrichtszweck benutzen, auch diese werden, den Erfahrungen nach das Bistro nach dem Unterricht besuchen, so dass allein hierdurch schon die Besucherzahl von 23 überboten werde. Herr Stv. Ryborsch hält die aufgestellte Prognose für ausagelos. Herr Stv. Koch schlägt vor, dass die erstellte Prognose nochmals ausführlicher dargestellt werden sollte.

Der stellv. Vorsitzende äußert, dass vor allem dargestellt werden soll, woher die Zahlen stammen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der zuständige Fachbereich wurde über die Anfrage zur Erstellung einer neuen ausführlicheren Prognoseberechnung informiert.

Kenntnisnahme:

Die Prognoseberechnung des Fachbereiches 1 - Finanzservice und der Zwischenbericht der Stadtwerke über die Verhandlungen zur Entwicklung eines Betreibermodells für das Bistro im sanierten Sport- und Freizeitbad wird zur Kenntnis gegeben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 9 Beschlusskontrolle

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt zur Aussprache. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu 10 Mitteilungen

Zu 10.1 Einladung zur Mitwirkung im LEADER-Prozess

Die Region Marburger Land bewirbt sich gemeinsam mit der Region Herrenwald und der Gemeinde Lohra für die neue LEADER-Förderperiode 2014 - 2020. Hierzu soll ein Entwicklungskonzept erstellt werden, welches die Region voranbringt und die Bewerbung positiv beeinflusst.

Die Abschlussveranstaltung hierzu findet am 16.07.14, von 18.00 - 21.00 Uhr in der Stadthalle Stadtallendorf statt.

Zu 10.2 Terminplan für die Haushaltsaufstellung des Haushaltes 2015

Herr Bürgermeister Somogyi teilt die Terminplanung für den Haushaltsplan 2015 mit. Anschließend verteilt Herr Riedl an die Mitglieder des Ausschusses eine Übersicht, welche den zeitlichen Ablauf der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2015, mit ihren Eckpunkten, darstellt.

Zu 11 Verschiedenes

Zu 11.1 Parkplatzsituation Stadtmitte/Hallenbad/Edeka

Herr Stv. Dzuiba stellt die Frage, wie die Parkplatzsituation im Bereich der Stadtmitte/Hallenbad/Edeka nach den Baumaßnahmen gestaltet werden soll.

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass die Firma Edeka die angrenzenden Parkplätze zeitlich in ihrer Parkdauer begrenzen will. Die Anzahl der Langzeitparkplätze wird somit verringert. Herr Bürgermeister Somogyi sieht vor allem die Ausrichter von Veranstaltungen in der Pflicht, die Gäste darüber zu informieren in welchem Bereich sie parken dürfen. Eine Möglichkeit hierfür wäre der neue Festplatz.

Herr Stv. Dzuiba sieht in der Begrenzung der Parkdauer ein Problem, welches die Nutzer des Hallenbades missmutig stimmen könnte. Viele der Schwimmer nutzen das Hallenbad länger als zwei Stunden, so dass sie über die erlaubte Parkzeit kommen.

Herr Stv. Koch fügt an, dass hier ein Mischverhältnis von Lang- und Kurzzeitparkplätzen geschaffen werden muss. Der Vorsitzende fügt an, dass die Langzeitparkplätze in der Regel nicht von den Besuchern des Schwimmbades genutzt werden, vor allem Anwohner werden diese Parkmöglichkeit nutzen.

Auch Herr Stv. Kauk plädiert für eine schwimmerfreundliche Parkplatzsituation.

Herr Bürgermeister Somogyi weist darauf hin, dass die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung des Edeka-Marktes in Bezug auf die Parkplatzsituation noch nicht vollends geregelt sind. Es sollte zunächst einmal abgewartet werden, wie sich die Verhandlungen entwickeln werden.

Zu 11.2 Mittelfristige Finanzplanung

Bezüglich der mittelfristigen Finanzplanung, stellt Herr Stv. Erber die Frage, weshalb die Ansätze der Jahre 2013 & 2014 in ihrer Höhe beinahe gleich sind und warum der Ansatz des Jahres 2015 niedriger ist.

Herr Riedl erläutert, dass der Verteilerschlüssel für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ab dem Jahr 2015 reduziert wird, so dass hier mit einem niedrigeren Ansatz zu rechnen ist. Die Jahre 2013 & 2014 sind deshalb in ihrer Höhe gleich, weil der o. a. Verteilerschlüssel für diese Jahre derselbe ist.

Werner Hesse
Stellv. Vorsitzender

Markus Harder
Schriftführer